

Bericht der Wintersession 2016

Schweiz ab 2017 wieder vollumfänglich an Horizon 2020 assoziiert

In der Wintersession einigten sich National- und Ständerat auf eine Lösung für die Umsetzung des neuen Verfassungsartikels 121a über die Zuwanderung. Die Lösung ist mit dem bilateralen Abkommen über den freien Personenverkehr vereinbar. Damit ebnete das Parlament dem Bundesrat den Weg, um das Protokoll über die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien zu ratifizieren. Die Schweiz kann sich somit ab dem 1. Januar 2017 wieder vollumfänglich am europäischen Forschungsrahmenprogramm Horizon 2020 beteiligen, wie die **Europäische Kommission** am 20. Dezember 2016 bekannt gab. Nachdem das Parlament bereits zuvor die finanziellen Mittel im Rahmen der BFI-Botschaft 2017-2020 aufgestockt hatte, endet das Jahr 2016 mit einer weiteren positiven Nachricht für den Wissens- und Forschungsplatz Schweiz.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und frohe Festtage.

Petra Studer, petra.studer@netzwerk-future.ch

ENTSCHEIDE DES PARLAMENTS

Parlament legte Grundstein für Assoziierung an Horizon 2020 ab 2017

Am 20. Dezember 2016 gab die **Europäische Kommission** bekannt, dass die Schweiz ab 1. Januar 2017 wieder vollumfänglich am europäischen Forschungsrahmenprogramm Horizon 2020 assoziiert ist. Ermöglicht wurde dies durch den Entscheid des Bundesrats

vom 16. Dezember 2016, das Protokoll über die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien zu ratifizieren. Zuvor hatten die eidgenössischen Räte sich in der Wintersession auf eine Lösung zur Umsetzung von Verfassungsartikel 121a über die Zuwanderung (16.027) geeinigt, die mit der Personenfreizügigkeit vereinbar ist. Mit der vorliegenden Revision des Ausländergesetzes erfüllte das Parlament die dem Bundesrat auferlegte Bedingung für die Ratifizierung des Kroatien-Protokolls.

Das Ringen um eine Lösung im Parlament

Zu Beginn der Session beschloss der Ständerat mit 26 zu 16 Stimmen bei 1 Enthaltung eine Verschärfung des Modells mit einem leichten Inländervorrang, welches der Nationalrat im September verabschiedet hatte. Dieses verlangt von Unternehmen in Branchen mit einer hohen Arbeitslosigkeit, offene Stellen bei den Regionalen Arbeitsvermittlungsämtern zu melden. Der Ständerat ergänzte dieses Konzept mit weiteren Pflichten für die Arbeitgeber: So sollten qualifizierte Stellensuchende aus der Schweiz zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen werden müssen, Nichtanstellungen sollten gegenüber den Behörden begründet werden. Ebenso wie die Version des Nationalrats war das ständerätliche Modell mit der Personenfreizügigkeit kompatibel.

Der Nationalrat suchte in einer neuerlichen Debatte einen Kompromiss: Er stimmte grundsätzlich dem Entwurf des Ständerates zu, die Begründungspflicht lehnte er jedoch mit 139 zu 54 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab. Zwei Tage später lenkte die kleine Kammer in diesen Kompromiss ein, indem sie die Begründungspflicht von Nichtanstellungen mit einer Mitteilungspflicht an die Arbeitsämter ersetzte. Der Nationalrat bereinigte zu Beginn der dritten Sessionswoche die letzten bestehenden Differenzen. Am 16. Dezember 2016 nahmen die Räte die Vorlage in den Schlussabstimmungen an.

- **Protokoll des Ständerats vom 1. Dezember 2016**
 - **Protokoll des Nationalrats vom 5. Dezember 2016**
 - **Protokoll des Ständerats vom 7. Dezember 2016**
 - **Protokoll des Nationalrats vom 12. Dezember 2016**
-

Budget 2017: Parlament bestätigt seine Finanzierungsbeschlüsse im BFI-Bereich

Die eidgenössischen Räte erhöhten im Rahmen des Bundesbudgets für das Jahr 2017 die finanziellen Mittel für Bildung, Forschung und Innovation (BFI) um 74 Millionen Franken (16.041). Damit bestätigt das Parlament seinen Grundsatzentscheid, welchen es mit der Aufstockung der Mittel in der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017-2020 (BFI-Botschaft 2017-2020) getroffen hatte.

Der Nationalrat ging als Erstrat in die Detailberatung des Voranschlags und bewilligte die Aufstockungen im BFI-Bereich für das Jahr 2017. Die grosse Kammer sprach sich für zusätzliche 40 Millionen Franken im ETH-Bereich aus (125 zu 62 Stimmen bei 1 Enthaltung), für 14 zusätzliche Millionen Franken für die Universitäten (mit 123 zu 63 Stimmen bei 1 Enthaltung) und je 10 Millionen Franken für die Fachhochschulen (124 zu 64 Stimmen) und Forschungseinrichtungen (124 zu 64 Stimmen). In der Gesamtabstimmung wies der Nationalrat das Budget 2017 jedoch überraschend mit 113 zu 77 Stimmen zurück, womit die vorangehenden Entscheide ungültig waren. Die Ablehnung des Budgets resultierte aus einer Kumulierung der Stimmen für zusätzliche Kürzungen und derjenigen für geringere Sparmassnahmen.

Der Ball lag nun beim Ständerat, welcher das Budget 2017 von Grund auf neu beraten musste und der Erhöhung des Voranschlags für das Jahr 2017 gemäss BFI-Botschaft 2017-2020 zustimmte. Der Nationalrat folgte dem Beschluss zwei Tage später und stimmte dem Budget 2017 schliesslich mit 81 zu 52 Stimmen bei 65 Enthaltungen zu. Die finanziellen Mittel zugunsten der Hochschulen und der Institutionen der Forschung werden damit im kommenden Jahr um insgesamt 74 Millionen Franken erhöht.

Stabilisierungsprogramm 2017-2019 behandelt

Neben dem Budget 2017 behandelten die eidgenössischen Räte auch das Stabilisierungsprogramm 2017-2019 (16.045). Entsprechend den Beschlüssen zur BFI-Botschaft 2017-2020 verringerte das Parlament den Anteil, den der BFI-Bereich zu den Sparmassnahmen beitragen muss. Die Institutionen müssen nun in den kommenden drei Jahren 196 Millionen Franken einsparen. Der Bundesrat hatte ursprünglich Sparmassnahmen im Umfang von 485 Millionen Franken vorgesehen. Die letzten verbleibenden Differenzen im Stabilisierungsprogramm 2017-2019, von denen der BFI-Bereich nicht betroffen ist, wird das Parlament in der Frühjahrssession 2017 bereinigen.



Protokoll des Nationalrats vom 29. November 2016

- **Protokoll des Nationalrats vom 30. November 2016**
- **Protokoll des Nationalrats vom 1. Dezember 2016**
- **Protokoll des Ständerats vom 5. Dezember 2016**
- **Protokoll des Nationalrats vom 7. Dezember 2016**

Ausserdem haben die Parlamentarierinnen und Parlamentarier ...

- ... in National- und Ständerat den Nachtrag II zum Budget 2016 (**16.042**) im Umfang von 131,5 Millionen Franken bewilligt. Davon gehen 15 Millionen Franken an die Betriebsbeiträge der Fachhochschulen, damit diese die hohe Nachfrage nach Studiengängen befriedigen können.

- ... im Nationalrat einer Verlängerung des Gentechmoratoriums um weitere vier Jahre bis Ende 2021 zugestimmt. Die grosse Kammer befürwortete im Rahmen der Debatte über die Änderung des Gentechnikgesetzes (**16.056**) den Vorschlag des Bundesrates mit 98 zu 89 Stimmen bei 1 Enthaltung. Ein unbefristetes Moratorium lehnte der Rat ab; ebenso ein Konzept für die Koexistenz von gentechnisch veränderten und gentechfreien Anbauzonen.

- ... im Nationalrat die Differenzen in der Revision des Berufsbildungsgesetzes bereinigt. Die grosse Kammer akzeptierte, dass Personen, die Vorbereitungskurse für Prüfungen der höheren Berufsbildung absolvieren, Teilbeträge vom Bund erstattet erhalten, wenn dies beantragt wird. Es handelte sich dabei um die letzte verbliebene Differenz in der BFI-Botschaft 2017-2020 (**16.025**), die in der Schlussabstimmung verabschiedet wurde.

- ... im Ständerat einer Motion (**16.3705**) von Ständerat Josef Dittli zugestimmt, die verlangt, dass der Teuerungsausgleich für Rahmenkredite und Verpflichtungskredite nur dann ausbezahlt wird, wenn diese auch tatsächlich

ausfällt. Die Mitglieder der kleinen Kammer nahmen die Motion mit 27 zu 10 Stimmen bei 1 Enthaltung an.

- ... im Nationalrat eine Motion (16.3634) der nationalrätlichen Finanzkommission angenommen. Mit 94 zu 86 Stimmen bei 2 Enthaltungen unterstützte die grosse Kammer diesen Vorstoss, der sich gegen eine Aufweichung der Schuldenbremse wendet.

VOM BUNDESRAT BEANTWORTETE VORTÖSSE

Teuerung nur ausgleichen, wenn Teuerung anfällt

- Motion (16.3705) von Ständerat Josef Dittli (FDP).
Eingereicht am 27. September 2016.
Der Bundesrat hat am 23. November 2016 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Fehlende Fachkräfte selber ausbilden statt Kontingente erhöhen

- Motion (16.3729) der Sozialdemokratischen Fraktion.
Eingereicht am 28. September 2016.
Der Bundesrat hat am 9. November 2016 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Fachkräfteinitiative. Erhöhung des Frauenanteils bei ICT-Berufen

- Motion (16.3730) von Nationalrätin Min Li Marti (SP).
Eingereicht am 28. September 2016.
Der Bundesrat hat am 9. November 2016 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Revision des Urheberrechtsgesetzes. Werden die Vernehmlassungsergebnisse gesetzeskonform veröffentlicht? Nimmt der Bundesrat seine Verantwortung wahr, einen Gesetzesentwurf zu erarbeiten?

- Anfrage (16.1056) von Nationalrat Balthasar Glättli (GPS).
Eingereicht am 28. September 2016.
Der Bundesrat hat am 16. November 2016 darauf geantwortet.
-

Eine zentrale Informationsplattform für die öffentliche Innovationsförderung?

- Interpellation (16.3737) von Ständerat Beat Vonlanthen (CVP).
Eingereicht am 28. September 2016.
Der Bundesrat hat am 9. November 2016 darauf geantwortet.
-

Umsetzung des neuen Verfassungsartikels 67a zur Förderung der musikalischen Bildung

- Interpellation (16.3764) von Nationalrätin Martina Munz (SP).
Eingereicht am 29. September 2016.
Der Bundesrat hat am 16. November 2016 darauf geantwortet.
-

Ärztmangel als wirkliches Problem?

- Interpellation (16.3821) von Nationalrat Heinz Brand (SVP).
Eingereicht am 29. September 2016.
Der Bundesrat hat am 2. Dezember 2016 darauf geantwortet.
-

Mitverantwortung des Bundes bei der Förderung der politischen Bildung

- Interpellation (16.3833) von Nationalrätin Viola Amherd (CVP).
Eingereicht am 29. September 2016.
Der Bundesrat hat am 9. November 2016 darauf geantwortet.
-

Schweizer Delegation an der COP. Eine Vertretung der Wissenschaft ermöglichen

- Anfrage (16.1065) von Nationalrätin Kathy Riklin (CVP).
Eingereicht am 29. September 2016.
Der Bundesrat hat am 16. November 2016 darauf geantwortet.
-

Förderung der Berufsbildung im Ausland. Welche Perspektiven?

- Interpellation (16.3782) von Ständerat Claude Hêche (SP).
Eingereicht am 29. September 2016.
Der Bundesrat hat am 23. November 2016 darauf geantwortet.
-

Steigende Tierversuchszahlen an den Hochschulen. Wo bleibt die Güterabwägung?

- Interpellation (16.3839) von Nationalrätin Maya Graf (GPS).
Eingereicht am 30. September 2016.
Der Bundesrat hat am 23. November 2016 darauf geantwortet.
-

Forschungsprogramme zur Kirschessigfliege auch für den Hochstammobstanbau

- Interpellation (16.3840) von Nationalrätin Maya Graf (GPS).
Eingereicht am 30. September 2016.
Der Bundesrat hat am 16. November 2016 darauf geantwortet.
-

Welche Förderbeiträge für Unternehmen mit langen Forschungs- und Entwicklungszeiten?

- Interpellation (16.3862) von Nationalrat Fathi Derder (FDP).
Eingereicht am 30. September 2016.
Der Bundesrat hat am 16. November 2016 darauf geantwortet.
-

Mehr Unterstützung für die Ausbildung in Flüchtlingslagern

- Postulat (16.3887) von Nationalrat Claude Bégli (CVP).
Eingereicht am 30. September 2016.
Der Bundesrat hat am 23. November 2016 die Annahme des Postulats beantragt.
-

Vorhandene Daten zum Studienerfolg publizieren

- Motion (16.3895) von Nationalrätin Andrea Gmür-Schönenberger (CVP).
Eingereicht am 30. September 2016.
Der Bundesrat hat am 16. November 2016 die Ablehnung der Motion beantragt.

NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE

Zugewanderte Jugendliche zum Abschluss Sek. II führen

- Motion (16.3911) der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N).
Eingereicht am 18. November 2016.
-

Wie können wissenschaftliche Verlage davon abgebracht werden, der Gesellschaft den vitalen Zugang zu Wissen vorzuenthalten?

- Interpellation (16.3930) von Nationalrätin Isabelle Chevalley (GLP).
Eingereicht am 1. Dezember 2016.
-

Entlastungen für Lehrlingsbetriebe

- Interpellation (16.3943) von Nationalrätin Sandra Sollberger (SVP).
Eingereicht am 6. Dezember 2016.
-

Leistungsfähigkeit des Schweizer Forschungs- und Innovationssystems

- Interpellation (16.3952) von Nationalrätin Verena Herzog (SVP).
Eingereicht am 8. Dezember 2016.
-

Unser Bildungssystem an die Digitalisierung anpassen

- Interpellation (16.3960) von Nationalrat Claude Bégli (CVP).
Eingereicht am 8. Dezember 2016.
-

Ist die Universität der italienischen Schweiz eine Eidgenössische universitäre Hochschule?

- Interpellation (16.3965) von Nationalrat Giovanni Merlini (FDP).
Eingereicht am 8. Dezember 2016.
-

Durchführung einer umfassenden Aufgabenüberprüfung der Staatsaufgaben

- Motion (16.3972) der SVP-Fraktion.
Eingereicht am 12. Dezember 2016.
-

Duale Bildung: Wie bleiben wir Weltmeister?

- Interpellation (16.4012) von Nationalrat Claude Bégli (CVP).
Eingereicht am 14. Dezember 2016.
-

Weiterbildungsoffensive für ältere Arbeitnehmende

- Motion (16.4057) von Nationalrätin Martina Munz (SP).
Eingereicht am 15. Dezember 2016.
-

Massnahmen gegen die massiv steigende Anzahl von Tieren und Tierversuchen

- Interpellation (16.4075) von Nationalrat Matthias Aebischer (SP).
Eingereicht am 15. Dezember 2016.
-

Stipendien- und Darlehenssystem für Weiterbildungsmassnahmen älterer Arbeitnehmenden

- Motion (16.4076) von Nationalrat Matthias Aebischer (SP).
Eingereicht am 15. Dezember 2016.
-

Eine umfassende Strategie für die politische Bildung in der Schweiz

- Postulat (16.4095) von Ständerat Andrea Caroni (FDP).
Eingereicht am 15. Dezember 2016.
-

Übersicht Stand der informatischen Bildung im Volksschulbereich und in der nachobligatorischen Bildung und der Digitalisierungsmassnahmen im Bildungsraum und -system mit anschliessendem Monitoring

- Interpellation (16.4110) von Nationalrat Jonas Fricker (GPS).
Eingereicht am 16. Dezember 2016.
-

Eine dringende Konferenz für eine erleichterte Integration von Flüchtlingen im Bildungssystem

- Motion (16.4114) von Nationalrat Mathias Reynard (SP).
Eingereicht am 16. Dezember 2016.
-

Mit Medical Schools das Studium der Humanmedizin reformieren

- Motion (16.4118) von Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach (CVP).
Eingereicht am 16. Dezember 2016.
-

Alternativen zu Tierversuchen während der Ausbildung besser berücksichtigen

- Interpellation (16.4121) von Nationalrätin Maya Graf (GPS).
Eingereicht am 16. Dezember 2016.
-

Stiefkind Forschung für Ersatzmethoden zu Tierversuchen und 3R-Forschung

- Interpellation (16.4122) von Nationalrätin Maya Graf (GPS).
Eingereicht am 16. Dezember 2016.
-

Monitoring über die Wirkung der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative

- Motion (16.4151) der CVP-Fraktion.
Eingereicht am 16. Dezember 2016.
-

Entwicklung unserer Start-ups mit Steuerbefreiung von Privaten fördern

- Interpellation (16.4157) von Nationalrat Claude Bégli (CVP).
Eingereicht am 16. Dezember 2016.
-

Wie soll sich Swissnex entwickeln?

- Interpellation (16.4166) von Nationalrat Claude Bégli (CVP).
Eingereicht am 16. Dezember 2016.

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

KONTAKT

Netzwerk FUTURE
Münstergasse 64/66, 3011 Bern
Tel. 031 351 88 46, Fax 031 351 88 47
info@netzwerk-future.ch
www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik.
Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI)
und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

20. Dezember 2016
